

# Friedliche Koexistenz und Deutschland

## DIE POLITIK DER PARTEI

Zum 15. Jahrestag der Gründung der SED

Von Christa Großer

Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz bedeute Anerkennung des westdeutschen Militarismus. Eine ähnliche Meinung wurde in einem Artikel des „Neuen Weg“ (21.10.66) vertreten. Eine solche Einschätzung zeigt, daß diese Genossen das Wesen, den sozialen Inhalt der Politik der friedlichen Koexistenz nicht verstanden haben.

Mit den einfachsten Worten ausgedrückt, ist die Politik der friedlichen Koexistenz die Politik, die die Verhinderung eines Krieges und die Lösung aller internationalen Streitfragen mit friedlichen Mitteln zum Ziel hat. Die Verwirklichung dieses Ziels ist natürlich untrennbar mit dem Kampf gegen alle am Krieg treibenden Kräfte verbunden. Ebenso wie im internationalen Maßstab die friedliche Koexistenz den ständigen Kampf gegen die imperialistischen Kräfte aller imperialistischen Staaten und die allseitige Festigung der Länder des Sozialismus voraussetzt, so in Deutschland die Konföderation die Bändigung des westdeutschen Militarismus. Politik der friedlichen Koexistenz und Kampf gegen Militarismus und Imperialismus bilden eine Einheit. Darin zeigt sich bereits, daß die Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz in keiner Weise eine Verhärterung, eine Verengung der Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte Systeme bedeuten kann. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist auf die Überwindung des Imperialismus gerichtet; Mittel dieses Kampfes kann und darf nicht der Krieg, sondern muß der friedliche, ökonomische Wettbewerb sein. Ihrem sozialen Inhalt nach ist die Politik der friedlichen Koexistenz der Kampf zwischen der staatlich organisierten Arbeiterklasse in den sozialistischen Ländern und der Bourgeoisie, die in den imperialistischen Staaten noch die Macht besitzt.

In Deutschland bedeutet die Konföderation das zeitweilige Nebeneinander- und Zusammenleben der sozialistischen DDR und der monopolkapitalistischen Bundesrepublik. Diese Zusammenleben kann nur durch die ständige Zurückdrängung des westdeutschen Militarismus und weiterer Siege des Sozialismus in der DDR erreicht und gesichert werden. Dieser Kampf schart alle friedliebenden Kräfte um die Arbeiterklasse und erleichtert damit ihren Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt in ganz Deutschland.

Aus dem Klassenkampfcharakter der Politik der friedlichen Koexistenz folgt, daß ihre Anwendung entsprechend den konkreten Kampfbedingungen der Friedenskräfte vielfältig ist. Deshalb liegt eine weitere Ursache für fehlerhafte Auffassungen in diesen Fragen darin, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht als eine konkrete, differenzierte, schöpferische Politik verstanden, sondern häufig auf die bekannten fünf Prinzipien reduziert wird.

Eine derart schematische Definition dieser Politik würde die schöpferische Arbeit der internationalen Arbeiterbewegung, besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU, zu der unsere Partei durch die Ausarbeitung ihrer Politik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ignorieren.

Neben dem Vorschlag der Konföderation ist der Vorschlag, mit Westdeutschland einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen, eine schöpferische Entwicklung und Anwendung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz durch unsere Partei. Der Abschluß eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten würde einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum dauernden Frieden darstellen. Gehen wir doch unserer Partei bei diesem Vorschlag nicht darum, den Krieg nur für 10 Jahre aufzuschieben, sondern 10 Jahre Frieden würden den Friedenskräften in Deutschland die Zeit geben, sich weiter zu sammeln, zu stärken, um dann für immer einen Krieg verhindern zu können. Der Kampf um den Frieden für 10 Jahre ist kein Verzicht auf den ewigen, gesicherten Frieden, sondern eine Etappe auf dem Wege dorthin, ein Anfang der eine ganze Kettenreaktion Friedenssichernder Maßnahmen (wie Rüstungsstopp, Abrüstung) hervorbringen könnte.

Damit ist auch der Einwand widerlegt, daß 10 Jahre Frieden zwischen beiden deutschen Staaten die Anerkennung der Spaltung für weitere 10 Jahre bedeute. Im Verlaufe zehnjähriger friedlicher Beziehungen würden alle gegen Frieden und Konföderation auftretenden Kräfte mehr und mehr zurückgedrängt, wichtige Hindernisse für die friedliche Wiedervereinigung würden beseitigt. Angesichts der Notwendigkeit, die Politik der friedlichen Koexistenz entsprechend den Bedingungen der einzelnen Länder anzuwenden, scheint es auch nicht richtig, von „deutschen Besonderheiten“ zu sprechen. Die Anwendung der friedlichen Koexistenz in Deutschland schließt eben ein, daß ihr Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands und daß nur einer der beiden deutschen Staaten, die DDR, der rechtmäßige deutsche Staat ist. Aber ihrem Wesen und ihrem sozialen Inhalt nach bedeutet die Politik der friedlichen Koexistenz in allen Formen: Ausschaltung des Krieges, Erhaltung des dauerhaften Friedens, Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Mit ihrer Friedenspolitik vertritt unsere Partei die Interessen des ganzen deutschen Volkes. Diese Erkenntnis bricht sich auch in Westdeutschland immer mehr Bahn. Immer mehr Menschen schließen sich dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik an. Die Entwicklung in unserer Republik hat erwiesen, daß die Hauptkraft zur Sammlung aller Friedenskräfte und zur Führung des Friedenskampfes die einheitliche Arbeiterklasse ist. Diese Erfahrungen zeigen die große Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse, aus ihnen ergibt sich die Aufgabe, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland herzustellen.

Aus dem Klassenkampfcharakter der Politik der friedlichen Koexistenz folgt, daß ihre Anwendung entsprechend den konkreten Kampfbedingungen der Friedenskräfte vielfältig ist. Deshalb liegt eine weitere Ursache für fehlerhafte Auffassungen in diesen Fragen darin, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht als eine konkrete, differenzierte, schöpferische Politik verstanden, sondern häufig auf die bekannten fünf Prinzipien reduziert wird.

Eine derart schematische Definition dieser Politik würde die schöpferische Arbeit der internationalen Arbeiterbewegung, besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU, zu der unsere Partei durch die Ausarbeitung ihrer Politik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ignorieren.

Neben dem Vorschlag der Konföderation ist der Vorschlag, mit Westdeutschland einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen, eine schöpferische Entwicklung und Anwendung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz durch unsere Partei. Der Abschluß eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten würde einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum dauernden Frieden darstellen. Gehen wir doch unserer Partei bei diesem Vorschlag nicht darum, den Krieg nur für 10 Jahre aufzuschieben, sondern 10 Jahre Frieden würden den Friedenskräften in Deutschland die Zeit geben, sich weiter zu sammeln, zu stärken, um dann für immer einen Krieg verhindern zu können. Der Kampf um den Frieden für 10 Jahre ist kein Verzicht auf den ewigen, gesicherten Frieden, sondern eine Etappe auf dem Wege dorthin, ein Anfang der eine ganze Kettenreaktion Friedenssichernder Maßnahmen (wie Rüstungsstopp, Abrüstung) hervorbringen könnte.

Damit ist auch der Einwand widerlegt, daß 10 Jahre Frieden zwischen beiden deutschen Staaten die Anerkennung der Spaltung für weitere 10 Jahre bedeute. Im Verlaufe zehnjähriger friedlicher Beziehungen würden alle gegen Frieden und Konföderation auftretenden Kräfte mehr und mehr zurückgedrängt, wichtige Hindernisse für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und daß nur einer der beiden deutschen Staaten, die DDR, der rechtmäßige deutsche Staat ist. Aber ihrem Wesen und ihrem sozialen Inhalt nach bedeutet die Politik der friedlichen Koexistenz in allen Formen: Ausschaltung des Krieges, Erhaltung des dauerhaften Friedens, Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts.

nen Arbeiterbewegung, besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU, zu der unsere Partei durch die Ausarbeitung ihrer Politik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ignorieren.

Neben dem Vorschlag der Konföderation ist der Vorschlag, mit Westdeutschland einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen, eine schöpferische Entwicklung und Anwendung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz durch unsere Partei. Der Abschluß eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten würde einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum dauernden Frieden darstellen. Gehen wir doch unserer Partei bei diesem Vorschlag nicht darum, den Krieg nur für 10 Jahre aufzuschieben, sondern 10 Jahre Frieden würden den Friedenskräften in Deutschland die Zeit geben, sich weiter zu sammeln, zu stärken, um dann für immer einen Krieg verhindern zu können. Der Kampf um den Frieden für 10 Jahre ist kein Verzicht auf den ewigen, gesicherten Frieden, sondern eine Etappe auf dem Wege dorthin, ein Anfang der eine ganze Kettenreaktion Friedenssichernder Maßnahmen (wie Rüstungsstopp, Abrüstung) hervorbringen könnte.

Damit ist auch der Einwand widerlegt, daß 10 Jahre Frieden zwischen beiden deutschen Staaten die Anerkennung der Spaltung für weitere 10 Jahre bedeute. Im Verlaufe zehnjähriger friedlicher Beziehungen würden alle gegen Frieden und Konföderation auftretenden Kräfte mehr und mehr zurückgedrängt, wichtige Hindernisse für die friedliche Wiedervereinigung würden beseitigt. Angesichts der Notwendigkeit, die Politik der friedlichen Koexistenz entsprechend den Bedingungen der einzelnen Länder anzuwenden, scheint es auch nicht richtig, von „deutschen Besonderheiten“ zu sprechen. Die Anwendung der friedlichen Koexistenz in Deutschland schließt eben ein, daß ihr Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands und daß nur einer der beiden deutschen Staaten, die DDR, der rechtmäßige deutsche Staat ist. Aber ihrem Wesen und ihrem sozialen Inhalt nach bedeutet die Politik der friedlichen Koexistenz in allen Formen: Ausschaltung des Krieges, Erhaltung des dauerhaften Friedens, Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Mit ihrer Friedenspolitik vertritt unsere Partei die Interessen des ganzen deutschen Volkes. Diese Erkenntnis bricht sich auch in Westdeutschland immer mehr Bahn. Immer mehr Menschen schließen sich dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik an. Die Entwicklung in unserer Republik hat erwiesen, daß die Hauptkraft zur Sammlung aller Friedenskräfte und zur Führung des Friedenskampfes die einheitliche Arbeiterklasse ist. Diese Erfahrungen zeigen die große Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse, aus ihnen ergibt sich die Aufgabe, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland herzustellen.

Aus dem Klassenkampfcharakter der Politik der friedlichen Koexistenz folgt, daß ihre Anwendung entsprechend den konkreten Kampfbedingungen der Friedenskräfte vielfältig ist. Deshalb liegt eine weitere Ursache für fehlerhafte Auffassungen in diesen Fragen darin, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht als eine konkrete, differenzierte, schöpferische Politik verstanden, sondern häufig auf die bekannten fünf Prinzipien reduziert wird.

Eine derart schematische Definition dieser Politik würde die schöpferische Arbeit der internationalen Arbeiterbewegung, besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU, zu der unsere Partei durch die Ausarbeitung ihrer Politik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ignorieren.

Neben dem Vorschlag der Konföderation ist der Vorschlag, mit Westdeutschland einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen, eine schöpferische Entwicklung und Anwendung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz durch unsere Partei. Der Abschluß eines zehnjährigen Friedens zwischen beiden deutschen Staaten würde einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum dauernden Frieden darstellen. Gehen wir doch unserer Partei bei diesem Vorschlag nicht darum, den Krieg nur für 10 Jahre aufzuschieben, sondern 10 Jahre Frieden würden den Friedenskräften in Deutschland die Zeit geben, sich weiter zu sammeln, zu stärken, um dann für immer einen Krieg verhindern zu können. Der Kampf um den Frieden für 10 Jahre ist kein Verzicht auf den ewigen, gesicherten Frieden, sondern eine Etappe auf dem Wege dorthin, ein Anfang der eine ganze Kettenreaktion Friedenssichernder Maßnahmen (wie Rüstungsstopp, Abrüstung) hervorbringen könnte.

Damit ist auch der Einwand widerlegt, daß 10 Jahre Frieden zwischen beiden deutschen Staaten die Anerkennung der Spaltung für weitere 10 Jahre bedeute. Im Verlaufe zehnjähriger friedlicher Beziehungen würden alle gegen Frieden und Konföderation auftretenden Kräfte mehr und mehr zurückgedrängt, wichtige Hindernisse für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und daß nur einer der beiden deutschen Staaten, die DDR, der rechtmäßige deutsche Staat ist. Aber ihrem Wesen und ihrem sozialen Inhalt nach bedeutet die Politik der friedlichen Koexistenz in allen Formen: Ausschaltung des Krieges, Erhaltung des dauerhaften Friedens, Sicherung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Mit ihrer Friedenspolitik vertritt unsere Partei die Interessen des ganzen deutschen Volkes. Diese Erkenntnis bricht sich auch in Westdeutschland immer mehr Bahn. Immer mehr Menschen schließen sich dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik an. Die Entwicklung in unserer Republik hat erwiesen, daß die Hauptkraft zur Sammlung aller Friedenskräfte und zur Führung des Friedenskampfes die einheitliche Arbeiterklasse ist. Diese Erfahrungen zeigen die große Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse, aus ihnen ergibt sich die Aufgabe, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland herzustellen.

Aus dem Klassenkampfcharakter der Politik der friedlichen Koexistenz folgt, daß ihre Anwendung entsprechend den konkreten Kampfbedingungen der Friedenskräfte vielfältig ist. Deshalb liegt eine weitere Ursache für fehlerhafte Auffassungen in diesen Fragen darin, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht als eine konkrete, differenzierte, schöpferische Politik verstanden, sondern häufig auf die bekannten fünf Prinzipien reduziert wird.

Eine derart schematische Definition dieser Politik würde die schöpferische Arbeit der internationalen Arbeiterbewegung, besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU, zu der unsere Partei durch die Ausarbeitung ihrer Politik gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik einen wichtigen Beitrag geleistet hat, ignorieren.

## Wissenschaftliches Streitgespräch in Heidelberg

Vom 5. bis 10. 3. 1961 wollte eine Delegation von Studenten und Assistenten der Fachrichtung Geschichte der Karl-Marx-Universität unter Leitung von Genossen Dr. M. Kosok am Historischen Seminar der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg, Ziel des Besuchs war die Durchführung eines wissenschaftlichen Seminars zum Thema: „Die spanische Frage in der Weltpolitik 1936 bis 1939“. Gleichzeitig wollten wir unseren aufrichtigen Verständigungswillens dokumentieren, die zwischen beiden Universitäten durch den Besuch der Heidelberger Professorendelegation im Frühjahr 1960 geknüpften Bande festigen und die offizielle Bonner These, sachliche Gespräche mit Vertretern der DDR seien unnützlich und unmöglich, am konkreten Beispiel ad absurdum führen.

In sechs Seminarsitzungen von jeweils drei Stunden standen folgende Probleme zur Debatte: Referat von Dr. Carreras – Die innere Lage Spaniens vor 1936; Referat von Helma Schäfer (Leipzig) – Die deutsch-italienische militärische Intervention in Spanien; Referat von Wolfgang Schieder (Heidelberg) – Die Sowjetunion und die spanische Frage; Referat von Hans Piazza (Leipzig) – Die Haltung der Kommunisten zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes; Referat des Doktoranden Haunz (Heidelberg) – England und der Krieg in Spanien. Und in der Schlußsitzung stand eine Gesamtbewertung des Seminars auf der Tagesordnung.

Die Leipziger Teilnehmer hatten erwartet, daß sich in einer Zeit, wo eine gewaltige Protestwelle unter dem Motto „Freiheit den politischen Häftlingen in Spanien“ die breitesten Bevölkerungskreise der verschiedenen politischen Richtungen in aller Welt erfaßt, trotz grundlegender Differenzpunkte eine gemeinsame humanistische und antifaschistisch-demokratische Plattform mit den Heidelberger Gesprächspartnern erreichen läßt.

In der ersten Seminarsitzung, in der der spanische Kollege Dr. Carreras von der Heidelberger Seite über die innere Lage Spaniens vor 1936 referierte, schienen sich unsere Erwartungen zu erfüllen. An Hand einer tiefgründigen und sehr sachlichen Untersuchung kam er u. a. zu den Schlußfolgerungen, daß die Volksfront in Spanien, um die sich die Mehrheit des spanischen Volkes scharte, nur aus der inneren Entwicklung des Landes selbst erklärt werden kann und daß die faschistischen Meuterei von Franco keinerlei Unterstützung im Volke fanden. Auch das Referat der Studentin Schäfer zeichnete sich durch ein gründliches Studium der vorhandenen Literatur aus und erbrachte eindeutig den Beweis, daß ohne die völkerrechtswidrige militärische Intervention der faschistischen Aggressorstaaten Deutschland und Italien Franco mit seinen Komplizen binnen weniger Tage vom spanischen Volke hinweggefegt worden wäre.

Mit Erstaunen mußten wir aber schon in dieser Sitzung und später auch nach dem Referat des Genossen Piazza konstatieren, daß die Heidelberger Gesprächspartner außerordentlich empfindlich und teilweise ungehalten reagierten, wenn wir nachwiesen, daß Leute, die heute in der Bundesrepublik bedeutende Stellungen innehaben wie z. B. Dibelius

und Trautloff, sich während des spanischen Krieges zu Fürsprechern und aktiven Verfechtern der reaktionären Sache machten.

Wir als marxistische Historiker betrachten die Geschichte nicht als ein „Ding an sich“. Wir halten es für verfehlt und der humanistischen Zielsetzung der Wissenschaft zuwiderlaufend, wenn die Historiker keine Lehren aus der Geschichte ziehen und sich für den Fortschritt der Partei erregeln. Die Heidelberger Gesprächspartner lehnten das ab und versuchten uns zu beweisen, daß eine „ex-post-Vertung“ unzulässig sei. Wir konnten dazu nur bemerken, daß sie sich damit selbst von führenden liberalen bürgerlichen Historikern des XIX. Jahrhunderts colieren, die es als selbstverständlich und notwendig ansahen, die Geschichte nicht nur zu deuten, sondern auch Konsequenzen für die Gegenwart abzuleiten.

Das Referat des wissenschaftlichen Assistenten Schieder über die Haltung der Sowjetunion zum spanischen Krieg löste heftige Diskussionen aus. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Referaten wurden hier teilweise Thesen aufgestellt, die der Referent in der sich anschließenden Diskussion nicht belegen konnte.

Im Referat des Genossen Piazza wurde der Nachweis erbracht, daß in Spanien ein Kampf zwischen Faschismus und Demokratie, zwischen den Kriegstreibern und den Friedenskräften tobte und daß es die heilige Pflicht aller demokratisch und friedliebend gesinnten Patrioten war, der rechtmäßigen spanischen Regierung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In der Diskussion zu diesem Referat wurde offensichtlich, daß die Heidelberger Gesprächspartner eine allgemeine theoretische Debatte einer sachlichen Erörterung der aufgeworfenen Probleme vorzogen. Sie konnten mit keinem einzigen konkreten Argument die begründeten Thesen des Referenten widerlegen. Trotz der Tatsache, daß an diesem Tage die Wollen der Diskussion hochschlugen, konnten wir mit Befriedigung feststellen, daß auch unsere Gesprächspartner trotz grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten bestrebt waren, sich einer sachlichen Diskussion zu beteiligen.

Dies wurde auch deutlich an dem fundierten Referat des Heidelberger Kommilitaben Haunz über die Haltung Englands zur spanischen Frage, obwohl wir auch mit einigen seiner Thesen nicht konform gehen konnten. Leider kam es in der Abschlußsitzung des Seminars nicht zur schriftlichen Fixierung einer schriftlichen Meinung über die Bewertung des spanischen Krieges. Bedauerlich und verwunderlich – selbst für die teilnehmenden spanischen Kollegen – war es, daß die Heidelberger Seminarteilnehmer sich absetzten, die in der zweiten Sitzung unerwartet erscheinende Delegationsmitglieder Deutschlands und Italiens für Franco zu verurteilen. Sie begründeten ihre Weigerung damit, daß das einer politischen Stellungnahme und mißlieblicherweise einer Sympathiebekundung für eine spanische Sowjetrepublik (?) gleichkäme.

Die Tatsache, daß das Seminar über ein so hochpolitisches Thema zustandekam und im wesentlichen sachlich verließ, wurde von beiden Seiten begrüßt. Beide Seiten waren der Auffassung, daß solche Gespräche notwendig, nützlich und nützlich sind und fortgesetzt werden sollten. Das hatten wir für überaus positiv. In diesem Sinne haben wir auch an unsere Heidelberger Gastgeber für den Herbst 1961 eine Gegeneinladung ausgesprochen, die von ihnen angenommen wurde. Hans Piazza

## Zur Vorlesungsreihe: Das ärztliche Berufsethos

Die bereits in unserer letzten Ausgabe angekündigte neue Vorlesungsreihe an der Medizinischen Fakultät, die auf eine Anregung von Herrn Prof. Dr. R. Emmerich zurückgeht, läuft unter dem Thema: Das ärztliche Berufsethos in der sozialistischen Gesellschaft. Veranstalter ist die Abteilung Marxismus-Leninismus der Fakultät. Die Vorlesungen setzen sich zum Ziel, das moralische Ansehen des guten Arztes unter den Bedingungen unserer Gesellschaft zu kennzeichnen, die Widersprüche und Konflikte zu zeigen, die sich bei der Erfüllung der moralischen Forderungen in den Weg stellen und deren Lösung einseitig zu machen.

In den ersten vier Vorträgen werden von den Herren Dozenten H. Schwartz, Dr. H. Böck, u. a. die Grundgedanken der wissenschaftlichen Ethik unter besonderer Berücksichtigung des ärztlichen Berufsethos dargestellt. In den darauffolgenden Vorträgen werden bekannte Vertreter der medizinischen Wissenschaft und der Ärzteschaft zu Wort kommen und von den Gesichtspunkten ihres Fachgebietes her (Geschichte der Medizin, Physiologie, innere Medizin, Chirurgie, Psychiatrie, Gynäkologie und Geburtshilfe und Sozialhygiene) eine Reihe interessanter Probleme vom Standpunkt der Ethik aus erörtern. So z. B. Möglichkeiten und Grenzen von Experimenten mit Menschen und Tieren; Das Problem des Todes; Konflikt von Artztem und Aberglauben; Die Bedeutung Albert Schweitzers; Artztem im Faschismus und die

Lehren; Die Rolle der sogenannten Kriegschirurgie; Möglichkeiten der Technisierung in der Medizin und ihre Folgen; Über die sogenannten Triebtheorien und den Sozialdarwinismus; Die unethische Rolle des Antikommunismus im Bereiche des Artztem; Schweißepflicht und Aufklärungspflicht des Artztem; der Artztem im Betrieb, sein Verhältnis zu den Werkstätten, zum Plan u. a. m.

Die Aktualität dieser Probleme – die hier genannten stellen nur einen kleinen Auszug dar – liegt auf der Hand. Von reaktionären Ideologen des politischen Klerikalismus wird z. B. auch heute noch der Versuch gemacht, die experimentelle Forschung der Medizin am lebenden Objekt zu verunglimpfen und zu verhindern. Man denke etwa an die kürzlich in der Presse bekanntgewordene Hetzkampagne des Vatikans gegen den italienischen Forscher Prof. Petrucci, dem es gelungen sein soll, einen weiblichen Eizelle außerhalb des Mutterleibes zu befruchten, den Befruchtungsvorgang sichtbar zu machen und den wachsenden Embryo bis zum 29. Tag zu beobachten. Diese Forschung kann z. B. die Ursachen angeborener Fehlbildungen aufklären helfen und der Menschheit dadurch Nutzen bringen. Der Vatikan aber sorgte dafür, daß Prof. Petrucci sich jetzt vor dem Staatsanwalt wegen „Kindesmord“ verantworten soll.

Ein anderes Problem ist die „Kriegschirurgie“. Nicht selten wird die Ansicht geäußert, daß die große

Zahl der im Kriege anfallenden komplizierten chirurgischen Fälle die chirurgische Medizin bedeutend gefördert habe. Auch hier hat die Ethik Stellung zu nehmen. Natürlich handelte der Chirurg, der den Kriegsverletzten half, in Übereinstimmung mit dem ärztlichen Ethos; doch darf die ärztliche Ethik nicht zur Rechtfertigung des imperialistischen Massenmordes durch den Krieg mißbraucht werden.

Wieder andere Probleme ergeben sich aus dem Verhältnis von Technik und Medizin. Auch in der Medizin finden technische Mittel und Methoden immer weitergehend und umfassender Anwendung. Das ist zweifellos eine fortschrittliche Tendenz. Dabei tauchen jedoch eine Reihe von Fragen auf. In den USA beispielsweise, wo dieser Prozeß z. T. recht weit fortgeschritten ist, zeigen sich Erscheinungen, die bedenklich sind. Es geht, kurz gesagt, darum, zu prüfen, wie die Technik in der Medizin angewandt werden kann und muß, ohne daß das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient gestört wird. Ganz besonders sei den Herren Professoren Dr. Dr. Katner, Dr. Emmerich, Dr. Arasin, Dr. Tatzke, Herrn Oberarzt Dozent Dr. Herbst, Frau Oberarzt Dr. Köhler, Herrn Dr. med. Berzon und dem Bezirksarzt, Herrn Dr. Oerter gedacht, deren reiche Kenntnis und Erfahrung durch die Vorträge unseren Studenten übermittelt werden.

Für die Medizinstudenten des vierten Studienjahres bedeuten die Vorlesungen eine Fortsetzung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, die dem besonderen Anliegen des angehenden Arztes sehr entgegenkommt. Zu den Vorlesungen, die öffentliche akademische Veranstaltungen darstellen, sind auch die Medizinstudenten anderer Studienjahre und Hörer anderer Fakultäten, besonders der Philosophischen, sowie interessierte Ärzte der Stadt Leipzig herzlich willkommen.

Der erste Vortrag findet am 28. 3. 1961 von 18 bis 19 Uhr im Großen Hörsaal des neuen Physiologischen Instituts, Liebigstraße 27, statt. Es spricht Herr Dozent H. Schwartz „Über Sinn und Nutzen der philosophischen Ethik für das Artztem“.

Dr. Steußloff/Eschler

## Vortragsreihe über bürgerliche Philosophie

Die Arbeitsgemeinschaft „Kritik der modernen bürgerlichen Philosophie“ am Institut für Philosophie veranstaltet eine Vortragsreihe über die Hauptströmungen der bürgerlichen Philosophie in Westdeutschland. Der Einleitungs-vortrag von Oberassistent Helmut Seidel über „Die Situation in der deutschen Philosophie“ findet am Freitag, dem 24. März 1961, 17.30 Uhr c. l. im Hörsaal 357 des Instituts für Philosophie statt. Der nächstfolgende Vortrag am 28. März behandelt das Thema „Kritik einiger Grundzüge der neokantianischen Philosophie“.

Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen Beitrag von Prof. Dr. Klaus Zölling über diese Vortragsreihe sowie die vollständige Vortragsfolge.